

Datum

21. Mai 2021

Gemeinsam und entschieden gegen Antisemitismus

„Es ist dringend notwendig, die dauerhafte Finanzierung von Projekten und Bildungsmaßnahmen im Präventionsbereich sicherzustellen und auszubauen.“ Mit diesen Worten hat der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Thomas Sternberg, die Beratungen des Bundestags über Handlungsempfehlungen der *Unabhängiges Expertenkreises Antisemitismus* begrüßt.

Einige Vorschläge des Expertenkreises seien bereits umgesetzt worden. Doch die Erfahrung zeige, dass die Kooperation mit der Zivilgesellschaft auf allen Ebenen verstetigt und vertieft werden müsse, um Antisemitismus nachhaltig und erfolgreich zu beenden. In den kirchlichen Gemeinden, Verbänden und Einrichtungen müssten die guten partnerschaftlichen Kontakte zu jüdischen Gemeinden dabei eine wichtige Rolle spielen.

Besondere Bedeutung habe auch die Förderung der politischen Bildung durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes, der unter anderem die Konfrontation mit deutscher Geschichte durch Gedenkstättenbesuche und Seminare in der katholischen Erwachsenenbildung fördert. „Die Kirchen sind über ihre Bildungsarbeit hinaus gefordert. Die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit mit ihren örtlichen Gliederungen ist zudem ein wichtiger ökumenischer Ort der Bewusstseinsbildung.“

Der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus fordert staatsvertragliche Regelungen zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus im Bereich der Religionen sowie die Förderung von qualitativen und quantitativen Studien, um bislang fehlende Erkenntnisse über die Verbreitung von Antisemitismus auf der lokalen Ebene zu erlangen.

„Die antisemitischen Äußerungen im Umfeld der *Querdenken*-Bewegung, aber auch die erschreckenden antisemitischen Vorfälle bei den Demonstrationen gegen die Politik Israels in den vergangenen Tagen zeigen die aktuelle Dringlichkeit des Anliegens“, so Sternberg. Das Verbrennen von Israel-Flaggen und die Übergriffe auf Synagogen, wie sie die jüdischen Gemeinden an mehreren Orten zuletzt erleben mussten, seien in hohem Maße alarmierend.

Bereits vor einer Woche hatte Sternberg als Präsident des Ökumenischen Kirchentags angesichts der bestürzenden Gewalteskalation in Nahost gemeinsam mit der ÖKT-Präsidentin Bettina Limperg erklärt, dem Antisemitismus müsse man gemeinsam und mit kooperationsbereiten Muslimen entschlossen entgentreten. Beide bekräftigten: „Es ist eine ökumenische Aufgabe, unsere jüdischen Geschwister im Kampf gegen den Antisemitismus zu unterstützen.“

Den Bericht der Bundesregierung finden Sie [hier](#).

Die Pressemitteilung des Ökumenischen Kirchentags finden Sie [hier](#).